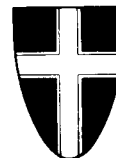


WIENER LANDESREGIERUNG



MD-821-2/89

Wien, 11. April 1989

Bundesgesetz, mit dem das
Finanzstrafgesetz geändert
wird;
Begutachtung;
Stellungnahme

An das
Präsidium des Nationalrates

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	26 - GE 989
Datum:	13. APR. 1989
Verteilt	14. April 1989

Dr. Pöschner

Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der Beilage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilage
(25-fach)

Dr. Peischl
Magistratsvizedirektor

**AMT DER
WIENER LANDESREGIERUNG**Dienststelle **MD-Büro des Magistratsdirektors**Adresse **1082 Wien, Rathaus**Telefonnummer **42800-2144****MD-821-2/89****Wien, 11. April 1989**

**Bundesgesetz, mit dem das
Finanzstrafgesetz geändert
wird;
Begutachtung;
Stellungnahme**

zu GZ. FS-110/3-III/9/89

**An das
Bundesministerium für Finanzen**

**Auf das do. Schreiben vom 15. März 1989 beehrt sich das
Amt der Wiener Landesregierung, folgende Stellungnahme
abzugeben:**

**§ 194 d in der Entwurfsfassung sieht eine Beschränkung
für die Möglichkeit von Behörden, Auskünfte aus dem Fi-
nanzstrafregister zu erhalten, vor. Eine Begründung und
sachliche Rechtfertigung hiefür kann dem Entwurf nicht
entnommen werden. Die Erläuterungen beschränken sich auf
die bloße Anführung der Tatsache der Beschränkung. Es ist
daher (auch unter Bedachtnahme auf Art. 22 B-VG) zu fordern,
daß diese Einschränkung unterbleibt, speziell im Verhältnis
zu den Landes(Gemeinde)abgabenbehörden, denen gegenüber
auch das Steuergeheimnis nicht durchschlägt.**

- 2 -

Ansonsten bestehen gegen den Gesetzentwurf keine Bedenken.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Peischl', is written over the printed name.

**Dr. Peischl
Magistratsvizedirektor**